STADT STEINBACH (TAUNUS)

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.	**VL-130/2026/XX**
Federführende Abteilung:	1.1 Abteilung Innere Verwaltung, Personal und Organisationsmanagement
Sachbearbeiter:	Hafeneger, Patrik
Datum:	16.11.2026

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	30.11.2026	beschließend

Betreff:

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 15.11.2026:
Bürokratieabbau – Aufhebung von Satzungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, eine Liste der städtischen Satzungen zu erstellen, die aus seiner Sicht nicht mehr notwendig sind und somit aufgehoben werden könnten oder aus sonstigen Gründen aktualisiert werden sollten. Diese Liste soll dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung vorgelegt werden. Über die Aufhebungen hat dann die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Begründung:

In der Stadt Steinbach gelten derzeit 48 Satzungen. Einige davon sind viele Jahre alt, z.B. die Euroeinführungssatzung und die Abscheideanlagensatzung, und sind aus Sicht der Antragsteller nicht mehr notwendig. Im Sinne der Entbürokratisierung und Rechtssicherheit schlägt die CDU-FDP-Koalition eine Überprüfung des Bestands an Satzungen vor.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

gez.
Christian Breitsprecher
Fraktionsvorsitzender
CDU Fraktion

gez.
Laura Jungeblut
Fraktionsvorsitzende
FDP Fraktion